

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 535

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75 pro Bogen. Durch die Post monatlich RM. 1,24, vierteljährlich RM. 4,00 an der Post.

Morgen-Ausgabe **Anzeigenpreis:** Besten Platzes 10 Zeilen 20 Cts., auswärts in Halle 15 Cts., Restzeitung 1 Cts. Abends nach Cassel, jedoch nur bei vollständiger Halle.

Verkaufsstelle Halle: Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608-5610. Wochenblätter: R. S. Malchin's Verlags- u. Druckerei. Postfach 20512.

Sonnabend-, 19. Oktober **Verkaufsstelle Berlin:** Bernburger Str. 50. Fernruf 10000. Verlags- u. Druckerei. 6990. Große Berliner Schriftsetzerei. — Verlags- u. Druckerei von Otto Thiele, Halle-Saale

Erneute Durchbruchversuche gescheitert

Amlicher Abendbericht

Berlin, 18. Oktober, abend. (Amst.)
 Zwischen Se. Majestät dem Kaiser und dem Reichstag ist die Erneuerung des Reichsvertrages durch die Reichsversammlung in Berlin am 18. Oktober abend. Die Verhandlungen sind bis heute nicht zu Ende gekommen. Die Reichsversammlung hat sich heute abend mit der Erneuerung des Reichsvertrages beschäftigt. Die Verhandlungen sind bis heute nicht zu Ende gekommen. Die Reichsversammlung hat sich heute abend mit der Erneuerung des Reichsvertrages beschäftigt.

Der 1. und 2. Heeresbericht

Wien, 18. Oktober. Amst. Nach verlautet: Italienischer Kriegsausflug.
 Der Oberbefehlshaber der italienischen Armee hat am 18. Oktober einen Bericht über die militärische Lage in Italien abgegeben. Der Bericht enthält folgende Angaben: Die italienische Armee hat in der letzten Zeit keine größeren Operationen durchgeführt. Die Fronten sind in der Regel ruhig geblieben. Die italienische Armee hat sich auf die Verteidigung beschränkt.

Abfassung der

Wie wir hören, findet heute abend 6 Uhr eine neue Besprechung der sogenannten Kriegskabinetts statt, in der über die endgültige Fassung der deutschen Antwortnote Rücksicht gefasst werden soll. Die Abfassung der Note dürfte vor Sonnabend nachmittags nicht zu erwarten sein.

Graf Tisza für den Wilsonfrieden

Budapest, 17. Oktober.
 Abgeordnetenkammer. Während der Aussprache hielt Graf Tisza eine Rede: Wir müssen offen zugeben, daß wir den Krieg verloren haben. Nicht aus dem Gesichtspunkte, als ob wir nicht weiter durchhalten und durch jede militärische Verleibung zu gewinnen könnten, daß der Feind den endgültigen Sieg erringen möchte. Die Abfassung der Note dürfte vor Sonnabend nachmittags nicht zu erwarten sein.

Unser Abbau in Polen

Nach die neuesten Vorgänge in Polen haben, wie wir hören, den Entschluß unserer Regierung, die militärische Besetzung des polnischen Landes unüberdacht fortzusetzen zu lassen, nicht erschüttert. Auch die Ereignisse in Polen haben, wie wir hören, den Entschluß unserer Regierung, die militärische Besetzung des polnischen Landes unüberdacht fortzusetzen zu lassen, nicht erschüttert.

turn dieser Ansicht wird sehr mit den Polen verhandelt. Dabei wird unterstellt, daß die Abfertigung von Polen in ihrem bisherigen Verhalten aufrechterhalten, und das insbesondere die Ernährung und Versorgung des deutschen Beobachters aus den von uns innegehaltenen Gebieten gesichert bleibt. Die Presseabteilung in Warschau wird bemüht, um etwaigen Konflikten vorzubeugen, der Militärverwaltung direkt unterstellt werden.



Die Sprachgebiete der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien.

Wit dieser Regelung kommen die Polen, wie der Tag nicht bemerkt, wiederum einen erheblichen Schritt in der ihnen konsequent beschlossenen Richtung vorwärts. Die Militärverwaltung wird ihnen überlassen; die Militärverwaltung bleibt bestehen. In Deutschland gewinnt die Abfertigung immer mehr an Boden, daß, wenn diese Bemerkungen Polen räumen sollen, auch unsere Soldaten und Offiziere dort nicht mehr zu finden wären. Wie der Verwaltung sollte auch der militärische Stand des Landes den Polen überlassen werden, gleichwohl, ob damit ihre Wünsche entprochen wird oder nicht. Wir können nur unter Herbeizugung Ausdrucks geben, daß deutsche Soldaten jetzt überall sonst dringender am Platze sind als in Polen.

Wilson's Punkt 13

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarken-Bereichs erläßt folgende Erklärung:
 „Das neue Friedensangebot der Reichsleitung hat in den weitesten Kreisen unseres Volkes lebhafteste Befürwortung hervorgerufen. Wir Ostmarken sind insbesondere erfreut über die Auslegung von Punkt 13 der Wilson'schen Forderungen. Darin wird die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates verlangt, der alle Länder mit ungeteilter polnischer Bevölkerung umfaßt und der einen gesicherten, freien und unverletzlichen Zugang zur See besitzt. Namentlich hat in unserer Zustimmung mit dem gesamten ausländischen Völkern ein Aufruf, der die Unterfertigung aller polnischen politischen Organisationen in Warschau sowie aller polnischen im Deutschen Reich existierenden Zeitungen ohne Unterschied der Parteifarbe trägt, unter Berufung auf die deutsche Friedensnote und in völliger Entschiedenheit der Wortlautes und des Sinnes der Wilson'schen Forderung die Beteiligung der von Polen bewohnten preussischen Landesteile mit dem polnischen Staat und eine eigene Verfassung gefordert.“

Sie gegengen erhebt das gesamte Deutschland einseitigen Widerpruch. In den Reichstagen ist einseitig von einer polnischen Verfassung die Rede, ebenso wie sich gegen unsere Ostmarken zu richten, im Deutschen Reich existierenden Zeitungen ohne Unterschied der Parteifarbe handelt es sich hier um unaltes deutsches Siedlungs- und Kulturland, in dem neben den Polen auch Deutsche wohnen, und wo im Ganzen das Deutsche noch die wirtschaftliche Bedeutung und kulturelle Stellung wahrzunehmen. Die Unterzeichnung polnischer Landesteile würde die Preisgabe deutscher Volksgenossen bedeuten, und

die Machtstellung und Lebensfähigkeit des Reiches ernstlich bedrohen. Der Gebante an solche Veräußerung des Vaterlandes ist unannehmlich, als daß er in unserer Weise nicht ein mögliches Widerstand finden sollte. Wir vertrauen darauf, daß sich unser heimatliches deutsches Volk auch heute noch in allen seinen Schichten zu dem Worte des Reichspräsidenten bekennen: „Rein deutsches deutsches Land soll besetzt gehen und ebenso soll kein Teil deutschen Reiches geopfert werden, das für unsere Politik.“

„The Kaiserisme“ und unser „Kriegskabinet“

Daß sich in Zeiten, wie wir sie durchleben, die Nation gefährlichen hinter die Regierung stelle, ist eine an sich selbstverständliche Forderung. Aber ebenso selbstverständlich gibt es da für die Regierten gewisse Vorbehalte. Am wenigsten wird ein Regiment die kritik- und widerstandsfähige Anerkennung seiner Maßnahmen verlangen dürfen, wenn es nicht alle größeren Parteien umfaßt, die sich in die Parteienvielfalt in der parlamentarischen Ordnung ausbreitet, wenn es also keine Regierung der nationalen Verteidigung darstellt, sondern ein „Kriegskabinet“: den Ausdruck einer parteihaften Mehrheit, der nicht nur die Verteidigung der Heimat, sondern auch (oder vor allem) seine parteipolitischen Ziele im Auge hat. Und zwar werden sich hier Kritik und Opposition um so eher gebieten, je ungewisserhaftes es wird, doch eine solche Regierung die erste Lage für ihre Zwecke zu misbrauchen entschlossen ist. Das aber ist der Fall bei der sog. „Kriegsregierung“, welche uns die Kriegsnote auftrug: beim „Kriegskabinet“, wie sich (etwas humoristisch) die gescheiterten Gesellen, Scheidemann und Erzberger gern bezeichnen, die mit Herrn Erzberger und dem Prinzen von Baden den engeren Ausschuss der derzeitigen Regierung bilden.

Daß die gegenwärtigen Reichsminister ein wenig im Trüben zu sitzen gedenken, läßt neben vielem anderen auch die „Immunitäts“ Benennung der Kaiserlichen „Präsident“ erkennen, wonach sie „Grund zu der Annahme“ habe, daß dem Reichstage demnach eine weitere „Reform“ der Reichsregierung vorgelegt werden werde, welche „das persönliche Regiment“ gerade bei der für eine Nation allerwichtigsten Form aufhebt.“ Nun hat der Bundesrat bereits am Montag seine Zustimmung zu jener „Reform“ gegeben, welche den Kaiser seiner alleinigen, verfassungsmäßigen Befugnisse betr. die Kriegserklärung, den Friedensschluß u. dgl. (Art. 2 und 8 des Art. 11 der Reichsverfassung) entzieht und die entsprechende Mitwirkung des Reichstages einführt. Eine solche Vorlage wird also in kurzem Gesetz werden. Sie noch nachträglich zu kritisieren, erscheint argzweit nicht am Platze im Hinblick auf die Rolle, welche diese Verfassungsänderung bei der dritten Frage der letzten Wilson'schen Forderung, was die „Frankr. Ztg.“ meint, dürfte vielmehr mit einer Unbilligkeit übereinstimmen, die sich längst im „Vorwärts“ fand. Das sozialdemokratische Regierungsblatt verlangte eine noch weitergehende „Reform“ darauf, daß dem Kaiser auch das alleinige Recht der Offiziersernennung und -entlassung genommen werden, damit es dem parlamentarisch verantwortlichen Kriegsminister übertragen und so der „unbilligen“ Einfluß des kaiserlichen Militärkabinetts beseitigt werde. Wir bemerken keinen Grund, daß das „Kriegskabinet“ der Herren Scheidemann und Erzberger sich der Angelegenheit mit Vereinerung bemächtigen wird oder schon bemächtigt hat, um dem von den Herren Wilson, Lloyd George u. dgl. aus guten Gründen so gefassten „Kaiserisme“ endgültig das Genick zu brechen und dem Feinde den guten Willen des demokratisch gewordenen Deutschland zu präzisieren.

Und gerade in diesem Augenblick heißt die gesamte Welt-Prese, britische und französische Regierungen über den „Kaiserismus“ als die Quelle allen Übels, die verurteilt werden müsse, damit die Welt in friedliche Entente nicht auch fernherhin gelangen sei, neben einer „Autokratie“ zu wohnen. Hier nun wird man den dringenden Wunsch äußern dürfen, daß unser verehrliches „Kriegskabinet“ unter dieser Lehre, was ein „Kaiserismus“ äußere und was innere Anlegenheit ist. Wir enthalten uns, wie gefordert, der Kritik vom Götterglauben. Wer stellen wir uns einmal auf den Standpunkt der herrschenden Demokratie, daß die alleinige kaiserliche Befugnis über Krieg und Frieden für das „friedliebende“ Ausland eine „Autokratie“ war, während der Reichstag für einen zu führen wäre: ist mit der oben erwähnten Änderung des Art. 11's 11 dann nicht aber alles gegeben, was die Herren Wilson und Lloyd George zu verlangen „berechtigt“ waren? Ist die Frage der Offiziersernennung

Voitenimmungsblatt. Berlin, 18. Okt. Gegenüber der gestern zum Schluss ein...

Produktenbericht. Berlin, 18. Okt. Troadem Kundelrüden seit einiger Zeit...

Wirtschafts-Hinweise. Die Stabpforten in Pommern...

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Vororten.

21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1918. Zu 11. A. Anzeig. Sonntag vom 10. Uhr Pastor Knobloch...

21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1918. Obergel. (auch für Hagenauer): Sonntag vom 9. Uhr...

Wittstock. Sonntag abends 8 Uhr. Gemeindefestspiele. Dienstag nachmittags 2 Uhr für Frauen.

Metheln. Gemeinde (Madenburgerstr. 10) am 20. u. 21. Sonntag vom 9. Uhr Gottesdienst.

Kirchliche Vereine. Marien-Gemeinde: Jungfrauenverein Sonntag abends 8 Uhr...

21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1918. Obergel. (auch für Hagenauer): Sonntag vom 9. Uhr...

Wittener Kirchennachrichten. 21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1918. Obergel. (auch für Hagenauer): Sonntag vom 9. Uhr...

21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1918. Obergel. (auch für Hagenauer): Sonntag vom 9. Uhr...

Wichtiges des Monatsjahres der Wittener... 1918 abends 8 Uhr in der Kapelle...

Provinz Sachsen

Verleihen wurde den Gemeindegliedern... Domstadtrathen Schuler in Eigerleben...

Taqunen

Die Freunde Antikiller Welt und christlicher Freiheit... Die Wittener Fühlung...

Wittburg, 17. Okt. Der Bürgerwart... Wittenberg, 17. Okt. (Ein Dankerfang)...

Erfurt, 17. Okt. (Kur Wäpflung)... Die Wittener Fühlung...

Wittenberg, 17. Okt. (Ein Dankerfang)... Die Wittener Fühlung...

„H. 3.“-Sporthelre

Prüfung auf dem Sandberge. Sp.-M. Olympia... Die Wittener Fühlung...



